



**MARKT
MALLERSDORF-
PFAFFENBERG**



HEIGL
landschaftsarchitektur
stadtplanung

**DECKBLATT NR. 29
ZUM
FLÄCHENNUTZUNGS- MIT LANDSCHAFTSPLAN
DES MARKTES MALLERSDORF-PFAFFENBERG**

Markt Mallersdorf-Pfaffenberg
Landkreis Straubing-Bogen
Regierungsbezirk Niederbayern

Die wesentlichen Änderungen und Ergänzungen zur Version der erneuten Auslegung sind - nur zur Kenntlichmachung für die nochmalige öffentliche Auslegung - rot markiert.

BEGRÜNDUNG UND UMWELTBERICHT

Aufstellungsbeschluss vom 26.07.2017
Auslegungsbeschluss vom 29.05.2018
Beschluss vom 24.07.2018
Erneuter Auslegungsbeschluss vom 23.02.2021
Erneuter Auslegungsbeschluss vom 22.06.2021
Feststellungsbeschluss vom

Vorhabensträger:

Markt Mallersdorf – Pfaffenberg
vertreten durch Herrn Ersten
Bürgermeister Christian Dobmeier

Steinrainer Straße 8
84066 Mallersdorf-Pfaffenberg

Fon 08772 807-21
Fax 08772 66 10
Mail: d.salzberger@mal-pfa.de

.....
Christian Dobmeier
Erster Bürgermeister

Bearbeitung:

HEIGL
landschaftsarchitektur
stadtplanung

Elsa-Brändström-Straße 3
94327 Bogen

Fon: 09422 805450
Fax: 09422 805451
Mail: info@la-heigl.de



.....
Hermann Heigl
Landschaftsarchitekt, Stadtplaner

Inhaltsverzeichnis

	Seite
BEGRÜNDUNG	4
1. Allgemeines	4
1.1 Planungsanlass	4
1.2 Übersichtslageplan	4
1.3 Planungsrechtliche Ausgangssituation	5
1.4 Verfahren.....	6
1.5 Derzeitige Nutzung	6
1.6 Planungsauftrag	6
1.7 Luftbildausschnitt.....	7
2. Wasserwirtschaftliche Voraussetzungen	8
3. Verkehr	9
4. Standortanalyse (Alternativenprüfung)	9
5. Ver- und Entsorgung.....	19
5.1 Wasserversorgung	19
5.2 Schmutzwasser- und Niederschlagswasserbehandlung	19
5.3 Energieversorgung	19
5.4 Telekommunikation	19
5.5 Abfallentsorgung.....	19
6. Immissionsschutz	20
7. Beteiligte Behörden und Träger öffentlicher Belange (TÖB) nach § 4 BauGB	20
8. Umweltbericht.....	21
8.1 Ziel der Planung	21
8.2 Festgelegte Ziele des Umweltschutzes in Fachgesetzen und Fachplänen und Art deren Berücksichtigung	21
8.3 Beschreibung und Bewertung der festgestellten Umweltauswirkungen	27
8.3.1 Bestandsaufnahme.....	27
8.3.2 Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter sowie auf der Wirkungsgefüge.....	28
8.3.3 Zusammenfassende Bewertung der Auswirkungen auf die Schutzgüter.....	35
8.4 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes	35
8.5 Geplante Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen	36

8.6	Naturschutzfachliche Eingriffsregelung	37
8.7	Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren und Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Umweltprüfung	37
8.8	Beschreibung der geplanten Überwachungsverfahren (Monitoring).....	37
8.9	Allgemein verständliche Zusammenfassung	38

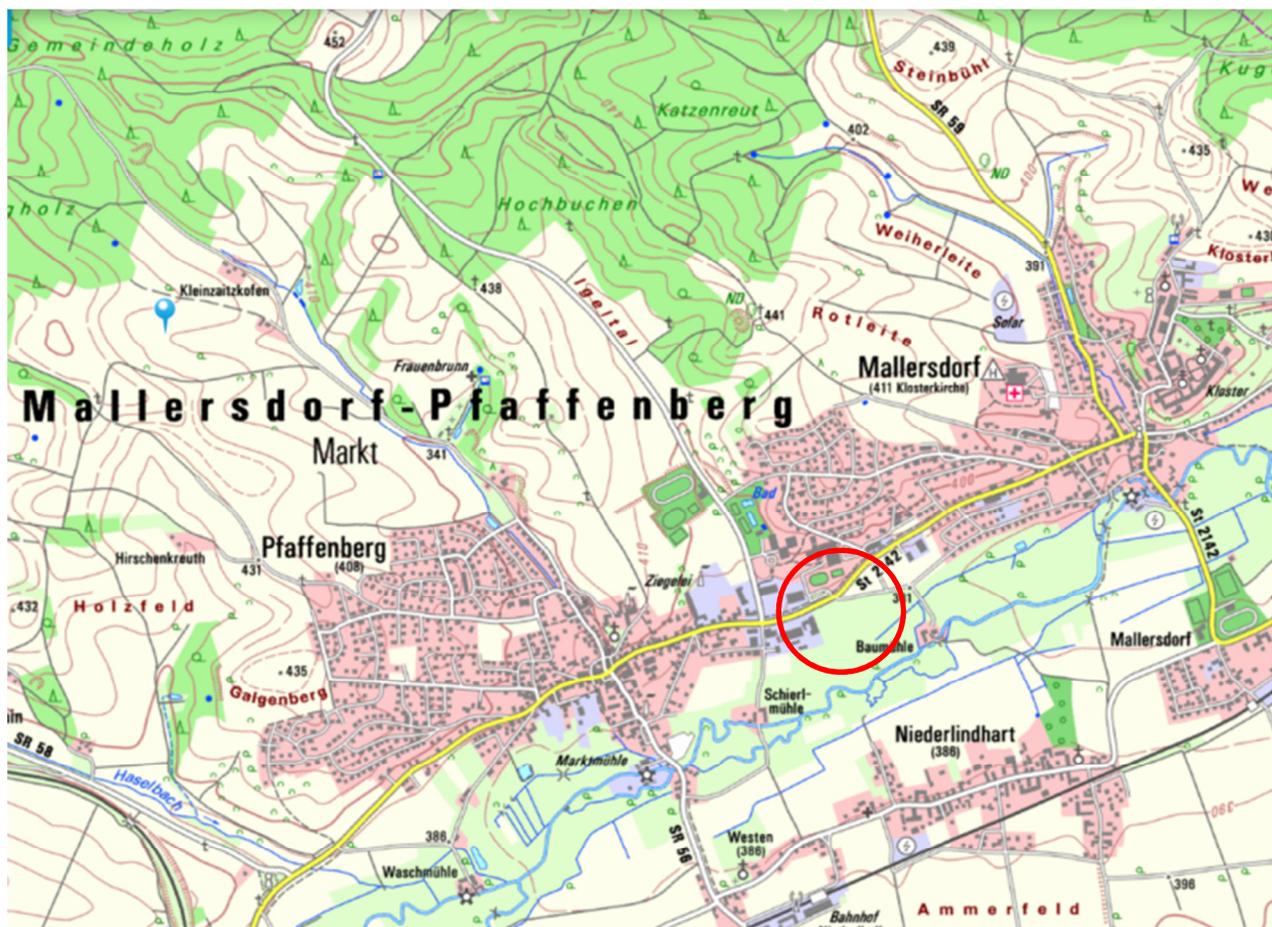
BEGRÜNDUNG

1. Allgemeines

1.1 Planungsanlass

Der Markt Mallersdorf-Pfaffenberg beabsichtigt die Änderung des Flächennutzungs- mit Landschaftsplanes südlich der „Straubinger Straße“. Das bisher dargestellte Sondergebiet „Einkaufszentrum“ soll in ein Sondergebiet mit Zweckbestimmung „Lebensmittel-fachmarkt, Getränkemarkt, **Dorgeriemarkt, Backshop sowie Cafe- und Verzehrfläche**“ ~~und weitere mischgebietsverträgliche Nutzungen~~ umgewandelt werden. Die im östlichen Bereich bislang dargestellte „Grüne Mitte“ ~~bleibt erhalten. wird nach aktuellem Beschluss nicht mehr weiter verfolgt. Hier soll, wie im rechtskräftigen Bebauungsplan von 1981 festgesetzt, wieder ein Mischgebiet entstehen.~~

1.2 Übersichtslageplan



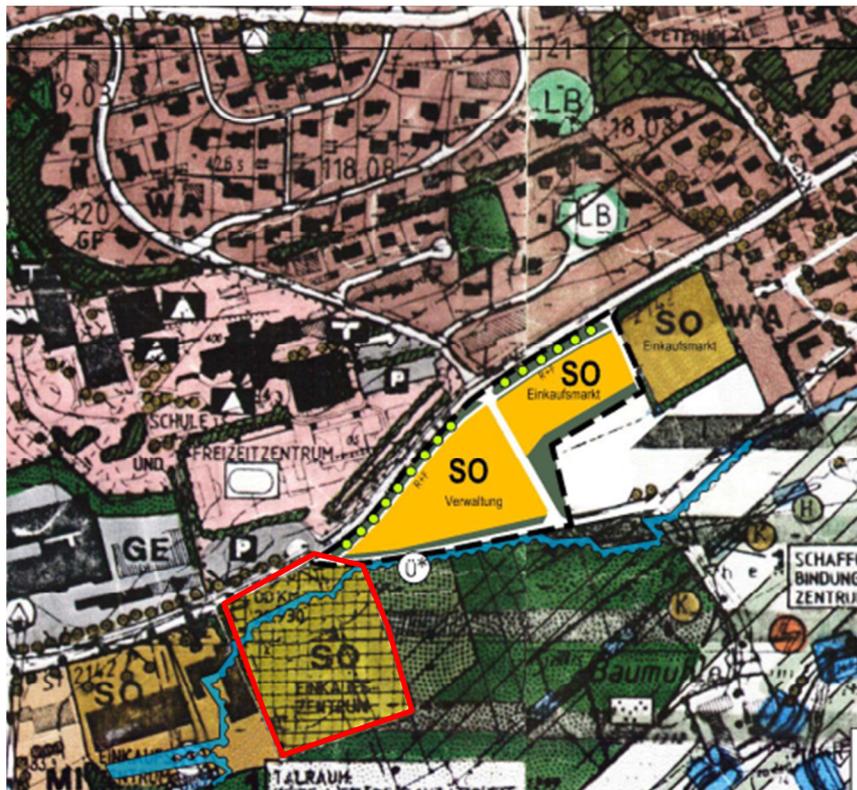
1.3 Planungsrechtliche Ausgangssituation

Gemäß dem Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) liegt der Markt Mallersdorf-Pfaffenberg als zentraler Ort und als Mittelzentrum im „allgemeinen ländlichen Raum“ in der Region 12 „Donau-Wald“.

Laut der Karte Nah- und Mittelbereiche bzw. Raumstruktur des Regionalplanes Region „Donau-Wald“ (RP 12) liegt der Markt Mallersdorf-Pfaffenberg – als mögliches Mittelzentrum, welches bevorzugt als zentraler Ort zu entwickeln ist - im Ländlichen Teilraum, dessen Entwicklung in besonderem Maße gestärkt werden soll sowie an der Entwicklungsachse Regensburg – Landshut.

Mit vorliegender Planung erfolgt gemäß den Zielen und Grundsätzen des LEP's und der Regionalplanung eine Stärkung und Sicherung des Handelsgewerbes an einem städtebaulich integrierten Standort. Aufgrund der zentralen Lage – zwischen den beiden Hauptorten Mallersdorf und Pfaffenberg - an der „Straubinger Straße“ ist eine ressourcenschonende Umsetzung mit wirtschaftlicher Erschließungsplanung, Ver- und Entsorgung gewährleistet.

Für die Marktgemeinde Mallersdorf-Pfaffenberg liegt ein am 25.05.2004 in Kraft getretener Flächennutzungs- mit Landschaftsplan (FNP mit LP) vor, genehmigt vom Landratsamt Straubing-Bogen mit Bescheid vom 11.06.2003, Nr./AZ 41-610. Für den vorliegenden Bereich wurde bereits das Deckblatt Nr. 27 aufgestellt. Dieses stellt den Bereich als „Sondergebiet Einkaufszentrum“ sowie im östlich Bereich als „Grüne Mitte“ dar.



Ausschnitt aus dem FNP mit LP mit Deckblatt Nr. 27 - ohne Maßstab

Im rechtskräftigen Bebauungs- mit Grünordnungsplan „Sandleite“ vom 12.08.1981 wird der vorliegende Geltungsbereich als Mischgebiet dargestellt.

1.4 Verfahren

Der Marktgemeinderat hat in der Sitzung vom 26.07.2017 beschlossen, das vorliegende Deckblatt zum Flächennutzungs- mit Landschaftsplan aufzustellen.

Zeitgleich soll im Parallelverfahren gem. § 8 (3) BauGB das Deckblatt Nr. 53 zum Bebauungs- und Grünordnungsplan „Sandleite“ aufgestellt werden und somit verbindliches Baurecht für das westliche Sondergebiet geschaffen werden.

Der Geltungsbereich umfasst die Flurnummern 367, 368 TF, 369 TF, 370, Gemarkung Pfaffenberg sowie die Flurnummern 1297 TF, 1297/1 und 1304/1 TF der Gemarkung Mellersdorf mit einer Fläche von ca. 14.120 m².

1.5 Derzeitige Nutzung

Die Ausgangsfläche stellt sich derzeit als landwirtschaftliche Nutzfläche dar. Im Westen grenzt vorhandene Gewerbebebauung an. Im Norden verläuft die „Straubinger Straße“ sowie im Nordosten ein Feldweg. Im Osten und Süden grenzen weitere landwirtschaftliche Nutzflächen an.

Das überplante Gebiet ist relativ eben, es fällt von Nordost (ca. 382,88 m. ü. NN) nach Südost (ca. 381,22 m ü. NN) leicht ab.

Innerhalb des Geltungsbereiches liegen keine ausgewiesenen Landschaftsschutzgebiete, Natura-2000-Gebiete, Naturschutzgebiete, geschützte Landschaftsbestandteile bzw. geschützte Naturdenkmale. Ebenso sind im Geltungsbereich keine amtlich ausgewiesenen Biotope oder nach Art. 23 BayNatschG bzw. § 30 BNatschG geschützte Strukturen vorhanden.

Gemäß Bayerischem Denkmal-Atlas liegen im Planungsgebiet selbst keine eingetragenen Bodendenkmäler. Allerdings sind im näheren Umfeld Denkmäler bekannt. Es ist daher nicht auszuschließen, dass sich im Geltungsbereich bislang unbekannt Denkmäler befinden.

Im Geltungsbereich und in der näheren Umgebung liegen auch keine Baudenkmäler oder Ensembles gemäß Art. 1 Abs. 2 und 3 DSchG.

Das Plangebiet befindet sich gemäß dem Informationsdienst Überschwemmungsgefährdete Gebiete (IÜG) des Bayerischen Landesamtes für Umwelt innerhalb des festgesetzten Überschwemmungsgebietes der Kleinen Laber, dessen Grenze knapp südlich der Staatstraße verläuft. Oberflächengewässer sind nicht vorhanden.

Bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten (Pflanzen- und Tierarten des Anhangs IV FFH-Richtlinie und alle europäische Vogelarten nach Art. 1 der Vogelschutz-Richtlinie) sind aufgrund der derzeitigen angrenzenden Nutzungen keine Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG zu erwarten.

Altlasten in Form ehemaliger Deponien sind der Gemeinde auf der Fläche nicht bekannt.

1.6 Planungsauftrag

Das Landschaftsplanungs- und Landschaftsarchitekturbüro Dipl.-Ing. Gerald Eska in Bogen wurde mit der Erstellung der erforderlichen Unterlagen beauftragt.

Mit Übergang des Büros zum Jahreswechsel 2020/21 an Hr. Dipl.-Ing. (FH) Hermann Heigl wird die Planung unter seinem Namen fortgesetzt.

1.7 Luftbildausschnitt



Luftbildausschnitt aus dem Bayern Atlas vom 07.07.2021 – ohne Maßstab

2. Wasserwirtschaftliche Voraussetzungen

Mit dem Gutachten zum Hochwasserabfluss der RMD-Consult GmbH in 80636 München vom Juli 2006, Projekt Nr. 560130 wurden die Auswirkungen der geplanten Bebauung auf den Hochwasserabfluss HQ100 der Kleinen Laaber in Bezug auf das Wasserhaushaltsgesetz § 31b, Abs. 4 Ziffern 4-9 (Fassung vom 25. Juni 2005) überprüft.

Bereits beim Ist-Zustand wurde festgestellt, dass die weiter östlich liegende und mit Sondergebiet Verwaltung und Sondergebiet Einkaufsmarkt bezeichneten Gebiete nördlich des quer verlaufenden Feldweges außerhalb des Überschwemmungsgebietes HQ100 liegen.

Für die erstellten Berechnungen wurde somit nur die Sondergebietsfläche Einkaufszentrum - südl. Grenze bis zum Ende des Zaunsockels auf Fl.Nr. 1293/2 - als abflussunwirksam angenommen; der südlich davon liegende, verbleibende Streifen des Sondergebietes darf nicht angehoben werden und muss für den Hochwasserabfluss frei von Bebauung und dichtem Bewuchs bleiben.

Ebenso wurde der zuletzt mit „Grüner Mitte“ bezeichnete Bereich (jetzt: Mischgebiet) als Fläche ohne Bebauung oder Änderung der Geländehöhe vorausgesetzt.

Das Gutachten ermittelt in einer Reihe von Berechnungen und zeichnerischen Darstellungen Ist- und Planzustand, Wassertiefen und Strömungsvektoren sowie den Verschnitt der Wasserspiegellagen mit dem Gelände, d.h. die Grenzen der Überschwemmungsflächen. Als wesentliches Ergebnis ist festzuhalten, dass die geplante Bebauung eine Wasserspiegelerhöhung um max. 14 cm bewirkt und sich ca. 80 m nach oberstrom, d.h. gegen die Fließrichtung erstreckt. Betroffen sind nur landwirtschaftlich genutzte Flächen (nicht die befestigten Bereiche der Fl. Nr. 1293/2).

Hinsichtlich des Wasserhaushaltsgesetzes wird festgestellt, dass der Hochwasserabfluss nicht nachteilig beeinflusst wird und dass nachteilige Auswirkungen auf Ober- und Unterlieger nicht zu erwarten sind, wenn ein insgesamt ermittelter Retentionsverlust von 1.410 m³ ausgeglichen wird. Hierfür wird gemäß Marktgemeinderatsbeschluss vom 20.03.2007 das Grundstück Fl. Nr. 1263 Gmkg. Mallersdorf festgesetzt. Bei einer Gesamtfläche von 9.200 m² ergibt sich ein durchschnittlicher Geländeabtrag in Höhe von ca. 16 cm. Hinweis: Das Abtragsvolumen wäre bei einer Auffüllung auf 382,40 m ü.NN im MI entsprechend zu erhöhen - sofern das WWA Deggendorf zustimmt.

Für das Sonder- und Mischgebiet wird als Geländehöhe, bis zu der keine baulichen Schäden zu erwarten sind, ein Wasserstand von 382,00 m ü.NN vorgegeben, zzgl. eines gewissen Sicherheitszuschlages/Freibordes.

Die Ergebnisse und Vorgaben dieses Gutachtens fanden per Gemeinderatsbeschluss vom 24.10.2006 bereits Eingang in die damaligen Bebauungs- und Freiflächenkonzeption und bestimmen im Wesentlichen auch den vorliegenden Deckblattentwurf. Das Gutachten zum Hochwasserabfluss der RMD Consult, München von 2006 wurde im Jahr 2007 ergänzt und im Februar 2021 auf Aktualität geprüft.

Für das Wasserwirtschaftsamt, die Regierung von Niederbayern und das Landratsamt wird das Gutachten der RMD in der Anlage beigefügt.

Von Verwaltung und Marktgemeinderat wurde das öffentliche Interesse an der Gesamtmaßnahme – insbesondere auch bezüglich der Schaffung einer „Neuen Mitte“ zwischen Mallersdorf und Pfaffenberg – im Verhältnis zum Verlust des Retentionsraumes mehrfach betont und deutlich herausgestellt (s.a. Beschlussbuchauszug lfd. Nr. 947 vom 20.03.2007).

3. Verkehr

Das Planungsgebiet liegt derzeit direkt an der Staatsstraße St 2142 (Straubinger Straße). Obwohl die Verlegung der Staatsstraße von der Ortsdurchfahrt auf eine noch nicht näher definierte Trasse bereits in der 1. Dringlichkeit beim Ausbau der Staatsstraßen eingestuft ist, ist der Zeitpunkt einer tatsächlichen Verlagerung noch nicht absehbar. Im Hinblick auf die spätere Verlegung ist die Marktgemeinde jedoch gewillt, die dann nicht mehr als Hauptverkehrsader benötigten Straßenzüge durch verkehrsberuhigende Maßnahmen umzugestalten und so die innerörtliche Lebensqualität zu verbessern. Dieser Sachverhalt wurde bereits in der vorbereitenden Untersuchung zur Städtebauförderung festgehalten.

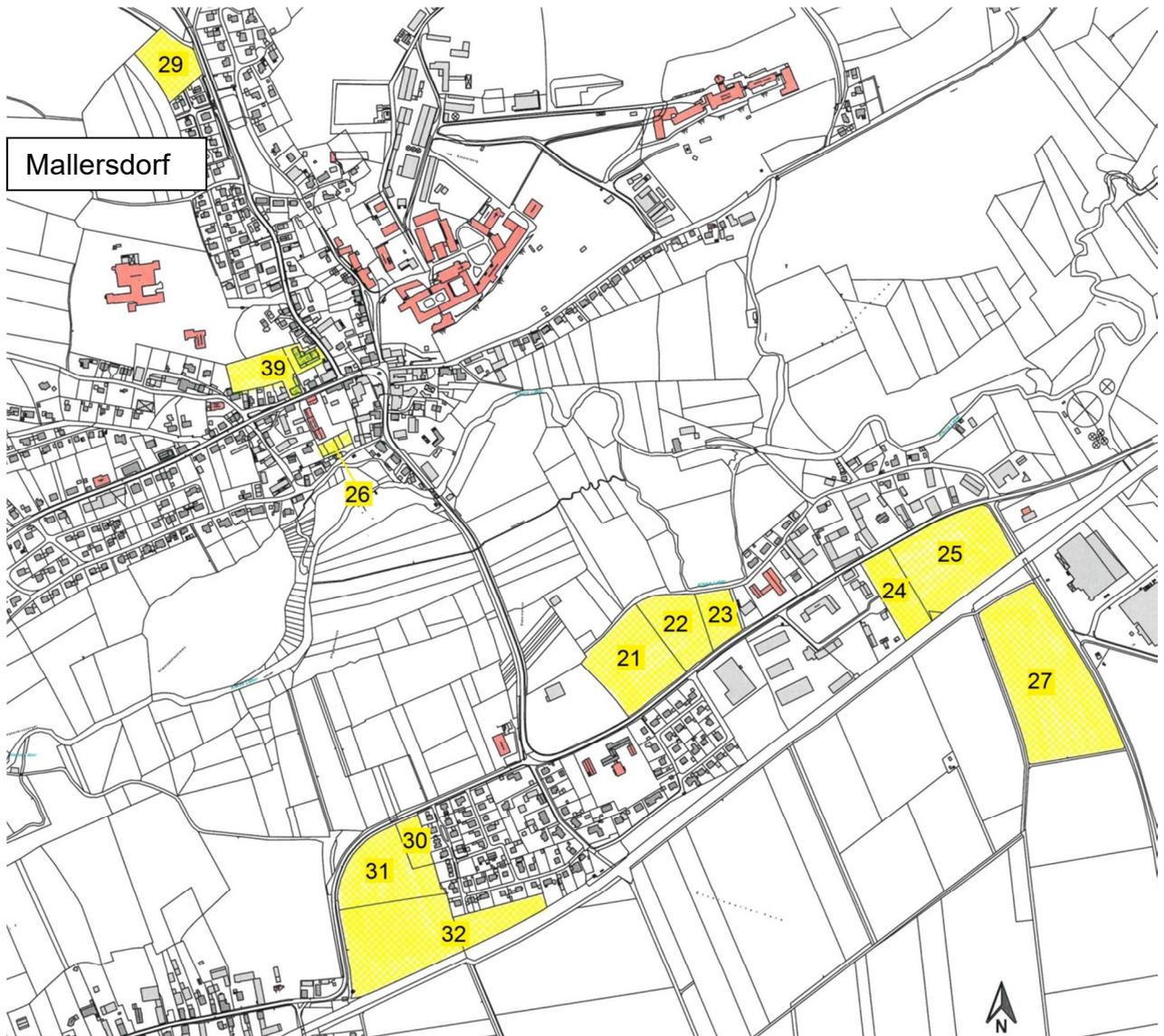
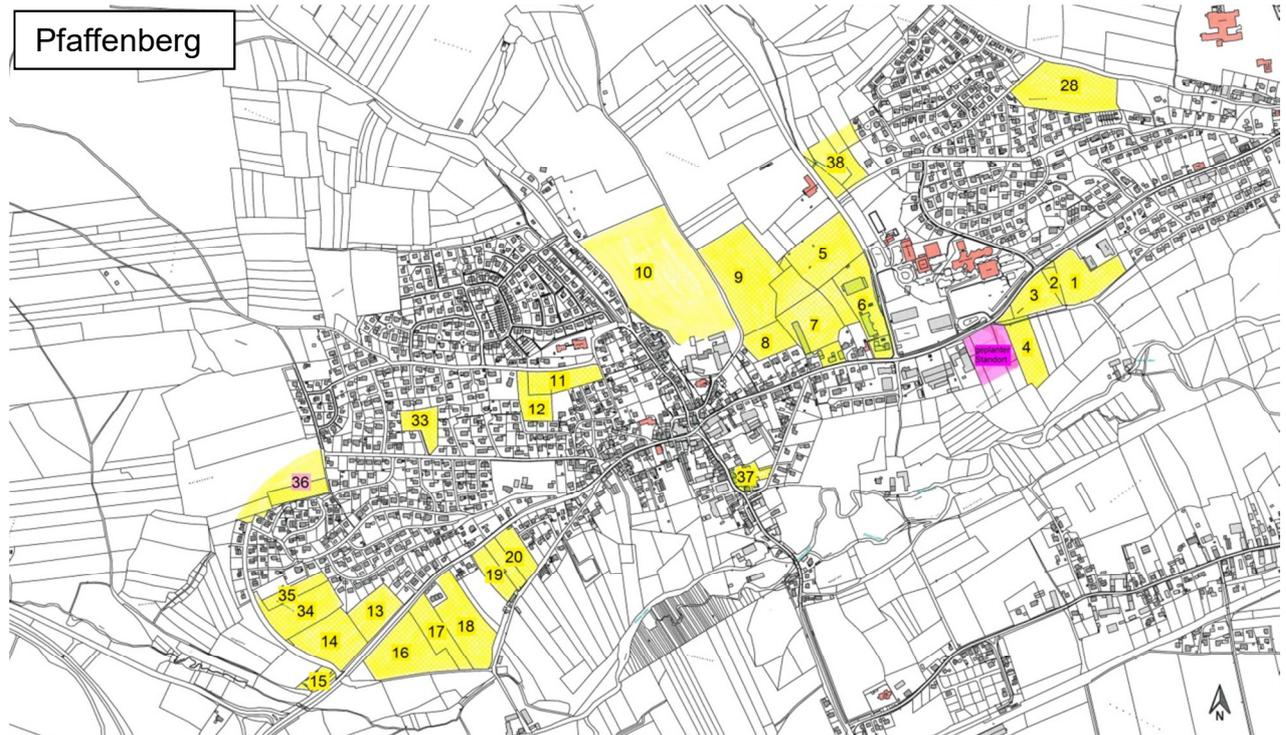
Für die Staatsstraße St 2142 wurde im Jahr 2005 eine durchschnittliche tägliche Verkehrsbelastung von 6.227 Kfz/24 Stunden mit etwa 872 Kfz/24 Stunden Güterverkehr ermittelt. Sollte die Verlegung dieser Straße bis dahin noch nicht erfolgt sein, ist für den Nachweis des Lärmschutzes für das Jahr 2020 mit einer Steigerung um 6 % und einer zulässigen Geschwindigkeit von 60 km/h auszugehen.

4. Standortanalyse (Alternativenprüfung)

Nach dem § 78 Abs. 2 Ziff. 1 WHG kann die zuständige Behörde die Ausweisung neuer Baugebiete innerhalb von Flächen in festgesetzten Überschwemmungsgebieten ausnahmsweise zulassen, wenn u. a. keine anderen Möglichkeiten der Siedlungsentwicklung bestehen oder geschaffen werden können.

Die Regierung von Niederbayern bestätigte mit Schreiben vom 22.12.2020, dass die Begründung nachvollziehbar und geeignet ist, in Verbindung mit der Prüfung der Flächenverfügbarkeit eine Ausnahme im Sinne des § 78 Abs. 2 Nr. 1 WHG zu begründen.

Nachfolgend eine Darstellung und Begründung der potentiellen Gemeindeflächen:



Standort 1 - Gemarkung Mallersdorf

- Grundstück liegt hochwasserfrei
- Teilweise in einem Bebauungsplan enthalten (nördliche Teilfläche mit ca. 3900 qm)
- Grundstück nicht verfügbar

Standort 2 - Gemarkung Pfaffenberg

- Grundstück nicht verfügbar und wegen ungünstigen Zuschnitt nicht geeignet (siehe Standort 1)
- Fläche für Einkaufsmarkt zu klein (nur 2180 qm)

Standort 3 - Gemarkung Pfaffenberg

- Grundstück liegt im Bereich eines Bebauungsplanes (Deckblatt 54 zum B-Plan Sandleite)
- Auf dem Grundstück wird derzeit das neue Rathaus des Marktes errichtet

Standort 4 - Gemarkung Pfaffenberg

- Lage im festgesetzten Überschwemmungsgebiet
- Verplant als „MI nach gesonderten Festsetzungen“; kein qualifizierter Bebauungsplan
- Erschließung möglich, aber nicht vorhanden
- Bebauung südlich des neuen Rathauses, evtl. Auswirkungen auf des Erscheinungsbild

Standort 5 - Gemarkung Pfaffenberg

- Grundstück steht nicht zur Verfügung, Eigentümer beabsichtigt eigene Verplanung des Grundstücks
- Lage am Ortsrand widerspricht dem Planungsziel der Gemeinde zur Schaffung eines zentralen Marktes zwischen den Ortsteilen von Pfaffenberg und Mallersdorf. Der neue Standort soll der Lebensmittelversorgung beider Ortsteile dienen und daher mit kurzen Wegen von beiden Ortsteilen gleichermaßen gut erreichbar sein.
- Grundstück liegt im Außenbereich
- Standort widerspricht dem Landesentwicklungsprogramm Bayern, wonach die vorhandenen Potentiale der Innenentwicklung möglichst vorrangig genutzt werden sollen
- Straßendimensionierung für den zu erwartenden Mehrverkehr problematisch
- Teilweise Lage im wassersensiblen Bereich

Standort 6 - Gemarkung Pfaffenberg

- Nördlicher Teil bereits mit Netto-Markt bebaut

Standort 7 - Gemarkung Pfaffenberg

- Ehemalige Ziegelei

- Für Einkaufsmarkt wegen vorhandener Bebauung und somit unzureichender Zufahrt aktuell nicht geeignet
- Biotop auf einer Grundstücksteilfläche
- Grundstück nicht verfügbar

Standort 8 - Gemarkung Pfaffenberg

- Für Einkaufsmarkt wegen schlechter Zufahrt über den steilen Gandorferberg nicht geeignet
- Grundstück nicht verfügbar

Standort 9 - Gemarkung Pfaffenberg

- Grundstück nicht verfügbar (siehe Standort 8)
- Grundstück nicht erschlossen (nur öffentlicher Feld- und Waldweg)
- Anbindung nicht gegeben

Standort 10 - Gemarkung Pfaffenberg

- Ausführungen siehe Standort 8 und 9
- Westliche Hälfte starke Hanglage, zur Bebauung nicht geeignet
- Anbindung nicht gegeben

Standort 11 - Gemarkung Pfaffenberg

- Lage in einem reinen Wohngebiet (rechtskräftiger Bebauungsplan)
- Umständliche Zufahrt für einen Einkaufsmarkt
- Verhandlungen wegen Erwerb für Wohnbebauung bereits erfolglos
- keine Stellungnahme zur Verkaufsbereitschaft abgegeben
- Lärmbelästigungen für Anwohner zu erwarten

Standort 12 - Gemarkung Pfaffenberg

- siehe Ausführungen zu Standort 11
- Grundstück nicht verfügbar

Standort 13 - Gemarkung Pfaffenberg

- Grundstück grenzt an St 2142 an, auf freier Strecke
- Zufahrt wegen Außenbereichslage sehr problematisch bzw. genehmigt das Staatliche Bauamt keine neue, eigene Anbindung an die St 2142
- Starkes Hanggelände:
Grundstück für Bebauung und Anfahrbarkeit für Lebensmittelstandort aufgrund Hangneigung nicht geeignet.
Erforderlich wären umfangreiche Geländeänderungen mit Eingriff in den Bodenhaushalt.
Hang-/Schichtwasser in diesem Bereich ist nicht auszuschließen.
- Ortsplanerisch aufgrund der Lage am Ortseingangsbereich bedenklich; ein Einzelhandelsstandort an dieser exponierten Lage widerspricht dörflicher Struktur in diesem Bereich.

- Wohnbebauung grenzt an, Immissionskonflikte daher nicht auszuschließen
- Lage am Ortsrand nicht geeignet für das ortsplannerische Ziel der Schaffung eines zentralen Marktes zwischen den Ortsteilen Mallersdorf/Pfaffenberg
- Keine fußläufige Erreichbarkeit für erheblichen Anteil der Anwohner aufgrund Ortsrandlage

Standort 14 - Gemarkung Pfaffenberg

- Beim Grundstück handelt es sich um aufgefüllte ehemalige Hausmülldeponie; Bebauung nicht möglich, da altlastenverdächtige Fläche lt. ABuDIS
- Ausführungen wie Standort 13

Standort 15 - Gemarkung Pfaffenberg

- Grundstück ist Überlaufbecken aus Baugebiet „Am Galgenberg“
- Angrenzendes Flurstück nicht bebaubar (ist aufgefüllte ehemalige Mülldeponie)
- Anbindung nicht gegeben
- (siehe Standort 14)

Standort 16 - Gemarkung Pfaffenberg

- Ortsplanerisch bedenklich, keine Anbindung an Bebauung
- Erschließung über St 2142 wegen freier Strecke bedenklich bzw. kaum möglich
- Kanalerschließung problematisch
- Südlicher Weg für Erschließung viel zu schmal
- Grundstück nicht verfügbar

Standort 17 - Gemarkung Pfaffenberg

- Für den Flächenbedarf zu klein und schmaler Grundstückszuschnitt
- Angrenzende Wohnbebauung hinderlich
- Auffahrt zur St 2142 problematisch
- Südlicher Weg für Erschließung viel zu schmal
- Grundstück nicht verfügbar

Standort 18 - Gemarkung Pfaffenberg

- Grundstück liegt im Geltungsbereich einer Ortsabrundungssatzung (nördlicher Bereich)
- Baulücke nördlich (entlang St 2142) für Wohnbebauung vorgesehen (genehmigter Bauantrag liegt vor)
- Südlicher Bereich wegen Außenbereichslage und fehlender Erschließung zur Bebauung nicht geeignet. Zudem liegt ein Teil im HW-100-Gebiet.
- Wohnbebauung zu nahe
- Südlicher Weg für Erschließung viel zu schmal

Standort 19 - Gemarkung Pfaffenberg

- Gelände liegt wesentlich tiefer als St 2142. Es müssten daher enorme Auffüllungen vorgenommen werden (Verunstaltung Landschaftsbild)

- Sichtverhältnisse bei Ausfahrt in Richtung Westen problematisch
- Teilbereich im Süden liegt im HW-100-Gebiet der Kleinen Laber
- Markt beabsichtigt den eigenen Grunderwerb als Erweiterungsfläche für das Reitsportgelände oder für Wohnbebauung

Standort 20 - Gemarkung Pfaffenberg

- Grundstück wird langfristig als Reitsportzentrum genutzt (ist baurechtlich genehmigt)

Standort 21 - Gemarkung Mallersdorf

- Als Trainingsplatz für Sportverein geplant (als Ersatz für den jetzigen Platz) nach Verlegung der Staatsstraße St 2142
- Von Verlegung St 2142 betroffen
- Anbindung nicht gegeben

Standort 22 - Gemarkung Mallersdorf

- Wird von neuer Ortsumfahrung durchschnitten, daher keine Bebauung möglich
- Anbindung nicht gegeben

Standort 23 - Gemarkung Mallersdorf

- Wird von Verlegung der St 2142 durchschnitten, daher später nicht bebaubar
- Als Erweiterungsfläche für Wasserzweckverband Mallersdorf geplant, Änderung des Flächennutzungsplanes für eine Gemeinbedarfsfläche in Aufstellung

Standort 24 - Gemarkung Mallersdorf

- Grundstück liegt im Ortsteil Ettersdorf und ist für kleinere Gewerbebetriebe vorgesehen
- Keine günstige Geschäftslage
- Grundstück nicht verfügbar

Standort 25 - Gemarkung Mallersdorf

- Wird vom Eigentümer derzeit als Erdbeerplantage genutzt
- Eigentümer hat jedoch eigene gewerbliche Planungen
- Gegen Eignung spricht u. a.:
Aufgrund der Randlage des Grundstückes für Einkaufsmarkt nicht geeignet:
Grundstück liegt im Ortsteil Ettersdorf und ist städtebaulich nicht integriert
Lage im südlich des Ortszentrums gelegenen Ortsteil Ettersdorf spricht gegen der Zielsetzung der Schaffung eines zentralen Lebensmittelversorgers für die Ortsteile Mallersdorf und Pfaffenberg.
- Außenbereichsgrundstück: Überplanung mit einem Einzelhandelsstandort widerspricht dem Ziel des Landesentwicklungsprogramms Bayern, wonach vorhandene Potentiale der Innenentwicklung möglichst vorrangig zu nutzen sind.

Standort 26 - Gemarkung Mallersdorf

- Grundstück liegt komplett im HW100-Gebiet der Kleinen Laber
- Zwischenzeitlich werden private Doppelhäuser errichtet

Standort 27 - Gemarkung Mallersdorf

- Grundstück liegt fast angrenzend an der Bahnlinie. Alle Kunden müssten jeweils die Bahnlinie überqueren
- Ausfahrt in Kreisstraße unübersichtlich
- Keine Geschäftslage
- Grundstück nicht verfügbar

Standort 28 - Gemarkung Mallersdorf

- Es handelt sich um Nordhang
- Mittelfristig zur Wohnbebauung vorgesehen
- Grenzt bereits an Wohnbebauung an
- Einmündung Buchetweg in St 2142 verträgt wegen Neubaugebiet Sandleite 3 keine zusätzliche Belastung durch Gewerbe mehr
- Grundstück nicht verfügbar

Standort 29 - Gemarkung Mallersdorf

- Im Flächennutzungsplan als „WA“ ausgewiesen
- Aufgrund Randlage für Einkaufsmarkt nicht geeignet
- Grundstück nicht verfügbar

Standort 30 - Gemarkung Mallersdorf

- Wird intensiv landwirtschaftlich genutzt
- Keine Verkaufsbereitschaft der Eigentümer
- Aufgrund Randlage für Einkaufsmarkt nicht geeignet

Standort 31 - Gemarkung Mallersdorf

- Siehe Ausführungen zu Standort 30

Standort 32 - Gemarkung Mallersdorf

- Siehe Ausführungen zu Standort 30

Standort 33 - Gemarkung Pfaffenberg

- Lage in allgemeinen Wohngebiet (rechtskräftiger Bebauungsplan)
- Grundstück nicht verfügbar

Standort 34 - Gemarkung Pfaffenberg

- Keine Verkaufsbereitschaft, da eigene Planungen für Wohngebiet (Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplans durch Deckblatt Nr. 36 bereits gefasst)

Standort 35 - Gemarkung Pfaffenberg

- Siehe Ausführungen zu Standort 34

Standort 36 - Gemarkung Pfaffenberg

- Lage in allgemeinen Wohngebiet (rechtskräftiger Bebauungsplan „Am Galgenberg“)
- Eigene Planungen bzw. Erwerbsabsichten des Marktes für Wohnbebauung

Standort 37 - Gemarkung Pfaffenberg

- Eigentümer hat das Grundstück erst vor kurzem erworben.
- Eigene Verplanung des Grundstückes beabsichtigt.

Standort 38 - Gemarkung Pfaffenberg

- Fläche in der amtlichen Biotopkartierung gelistet
- Außenbereichsgrundstück
- Grundstück für Bebauung und Anfahrbarkeit für Lebensmittelstandort aufgrund starker Hangneigung nicht geeignet.
Erforderlich wären umfangreiche Geländeänderungen mit Eingriff in den Bodenhaushalt.

Standort 39 - Gemarkung Mallersdorf

- Eigene Verplanung des Grundstückes durch Neubau einer Wohnanlage
- Westlicher Teil wird als Gartengrundstück genutzt, keine geeignete Erschließung des Grundstückes möglich.

Zusammenfassung/Ergebnis:

Die Standorte 1 bis 39 sind für einen Lebensmittel- und Getränkemarkt mit 1500 bzw. 450 qm Verkaufsfläche aus den jeweils dargestellten Gründen unabhängig von einer in Einzelfällen gegebenen Verfügbarkeit nicht geeignet!

Zielsetzung des Marktes Mallersdorf-Pfaffenberg ist, einen Ersatzstandort für den Lebensmittelvollsortimenter EDEKA zu schaffen, welcher wie bisher für die beiden Ortsteile Mallersdorf und Pfaffenberg jeweils mit kurzen Wegen erreichbar ist und als zentraler, gut erreichbarer Versorger u. a. für beide Ortsteile dienen kann.

Aufgrund dieser Planung ist neben einer möglichst zentralen Lage im Nahbereich der Ortskerne von Mallersdorf und Pfaffenberg, eine gute verkehrliche Anbindung an beide Ortsteile wie auch ein geeigneter Grundstückszuschnitt/-größe und –Geländeprofil erforderlich. Die oben genannten, untersuchten Grundstücke sind hierfür aus den jeweils dargestellten Gründen nicht geeignet.

Wegen der notwendigen guten Verkehrsanbindung, den topographischen Voraussetzungen für eine schonende Einbindung in das Landschaftsbild und der guten Erschließung ist der vorgeschlagene Standort am östlichen Ortsrand von und gleichzeitigem Nahbereich zu Mallersdorf als einziger für die Realisierung der gegenständlichen Bauleitplanung geeignet.

Der Standort liegt nahe dem geplanten Rathaus als zentraler Anlaufstelle für beide Ortsteile und wird über den neu geplanten Geh- und Radweg an beide Ortsteile angebunden. Das neue Rathaus des Marktes Mallersdorf-Pfaffenberg wird derzeit in der Gemarkung Pfaffenberg gebaut.

Für das zur Bebauung vorgesehene Grundstück existiert bereits ein Bebauungsplan, welcher die Fläche als Mischgebiet ausweist. Es ist damit im Grundsatz aufgrund des gültigen Bebauungsplanes bereits bebaubar und auch für die jetzt geplante Nutzung geeignet, welche zu einer vergleichbaren Nutzungsintensität führen wird. Außerdem fügt sich das Projekt städtebaulich gut ein.

Im Rahmen einer städtebaulichen Beratung vom Büro Arc Architekten aus Bad Birnbach wurde ebenfalls die städtebauliche Beurteilung des geplanten Sondergebietes im Bereich der „Neuen Mitte“ betrachtet. Nachfolgend ein Auszug (Stand: 03.11.2020):
*„Mit der Verlagerung des Lebensmittelmarktes auf das östlich an den Möbelmarkt anschließende Grundstück ergibt sich eine geringfügige Verschiebung eines Besucherschwerpunktes im Bereich der Neuen Mitte, die jedoch durch den zwischenzeitlich gewählten Standort für das neue Rathaus ohnehin langfristig zu einem Standortverbund mit den übrigen Nutzungen in der Neuen Mitte entwickelt werden sollte... Die Situierung des Vollsortimenters an Stelle des ursprünglich für einen Bürgerpark am Labertal vorgesehenen Standortes bedeutet für die Außenanlagen des Rathauses die Notwendigkeit, die ursprünglich in der „Grünen Mitte“ vorgesehenen Freiraumnutzungen mit Treffpunkten für die Mallersdorf-Pfaffenberger Bürger zu integrieren.
Aus städtebaulicher Sicht können unter den gegebenen Voraussetzungen auch mit dem neuen Standort des Lebensmittelversorgungsbetriebes die wesentlichen funktionalen Ziele für die Neue Mitte erreicht werden....“*

Zudem ist die erforderliche Verfügbarkeit der geplanten Grundstücke und Art. 78 Abs. 2 Ziffer 1 WHG somit gegeben.

Die Regierung von Niederbayern bestätigte mit Schreiben vom 22.12.2020, dass die Begründung nachvollziehbar und geeignet ist, in Verbindung mit der Prüfung der Flächenverfügbarkeit eine Ausnahme im Sinne des § 78 Abs. 2 Nr. 1 WHG zu begründen.

Das Landratsamt Straubing-Bogen stellte mit der Stellungnahme vom 19.04.2021 zusammenfassend fest, dass die Aufstellung des Bebauungs- mit Grünordnungsplanes „Sandleite“ mit Deckblatt Nr. 53 gemäß § 78 Abs. 2 WHG zugelassen werden kann. Im Einzelnen hat das Landratsamt unter Hinweis auf die Ausführungen der Regierung von Niederbayern in dieser Stellungnahme folgendes aufgeführt:

- *„zu § 78 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 WHG: Gemäß der E-Mail der Regierung von Niederbayern vom 22.12.2020 ist die Begründung des Marktes Mallersdorf-Pfaffenberg nachvollziehbar und geeignet, in Verbindung mit der Prüfung der Flächenverfügbarkeit, eine Ausnahme i. S. d. § 78 Abs. 2 Nr. 1 WHG zu begründen.*
- *zu § 78 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 WHG: Im wesentlichen Bereich des Planungsbereiches existiert bereits ein bestehendes Baugebiet.*
- *zu § 78 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 WHG: nachdem die Gebäude auf 382 m ü NN errichtet werden, sind eine Gefährdung von Leben oder Gesundheit oder erhebliche Sachschäden nicht zu erwarten. Durch die Auffüllung wird der Planungsbereich geschützt (siehe Niederschrift vom 29.11.2018, S. 3).*
- *zu § 78 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 WHG: Durch die Errichtung der Stützmauer im südwestlichen Planungsbereich auf der Fl. Nr. 368, Gemarkung Pfaffenberg, Markt Mallersdorf-Pfaffenberg, wird der Hochwasserabfluss und die Höhe des Wasserstandes nicht nachteilig beeinflusst (siehe Niederschrift vom 29.11.2018 Seiten 3 und 4)*
- *zu § 78 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 WHG: Das Wasserwirtschaftsamt Deggendorf bestätigt, dass der Retentionsraumausgleich gegeben ist (siehe Niederschrift vom 29.11.2018 Seite 4).*
- *zu § 78 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 WHG: Im Planungsbereich existiert keine Hochwasserschutz.*
- *zu § 78 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 WHG: Nachteilige Auswirkungen auf Oberlieger und Unterlieger sind nicht zu erwarten (siehe Niederschrift vom 29.11.2018 Seite 4).*
- *zu § 78 Abs. 2 Satz 1 Nr. 8 WHG: Die Belange der Hochwasservorsorge sind beachtet, weil mit der Auffüllung auch der Extremhochwasserstand berücksichtigt wird (siehe Niederschrift vom 29.11.2018 Seite 5)*
- *zu § 78 Abs. 2 Satz 1 Nr. 9 WHG: Gemäß der Stellungnahme des Wasserwirtschaftsamtes Deggendorf sind bauliche Schäden nicht zu erwarten (siehe Niederschrift vom 29.11.2018 Seite 5).*

Gemäß der Stellungnahme des Wasserwirtschaftsamtes Deggendorf ergeben sich im Nachbargrundstück keine Nachteile (siehe Niederschrift vom 29.11.2018 Seite 3, letzter Absatz).“

5. Ver- und Entsorgung

5.1 Wasserversorgung

Die Trink- und Löschwasserversorgung wird durch Anschluss an Wasserversorgung des Wasserzweckverbandes Mallersdorf erfolgen.

5.2 Schmutzwasser- und Niederschlagswasserbehandlung

Die Schmutzwasserentsorgung ist über die Erweiterung des vorhandenen Kanalnetzes zur örtlichen Kläranlage geplant.

Unverschmutztes Niederschlagswasser von Dach- und versiegelten (Fahr-) Flächen ist grundsätzlich auf den Baugrundstücken zurückzuhalten und zu versickern. Nach Pufferung in Mulden oder unterirdischen Rigolen kann eine gedrosselte Ableitung (Leitung oder Mulde) in den südlich angrenzenden Graben vorgenommen werden.

Bei einer Regenwasserversickerung ist dazu eine Vorreinigungseinrichtung (Sickermulden, Geländemodellierung, Rigolen, Absetzschacht, -teich, bzw. Bodenfilter) vorzuschalten.

Anfallendes Niederschlagswasser von öffentlichen Erschließungsflächen wird straßenbegleitenden, als Mulden ausgebildeten Randstreifen zugeleitet, wodurch eine breitflächige Versickerung ermöglicht wird. Überläufe in ausreichend dimensionierte Rigolen - außerhalb der bepflanzten Seitenstreifen - sind vorgesehen.

Der natürliche Ablauf wild abfließenden Wassers darf gem. § 37 WHG nicht nachteilig für anliegende Grundstücke verändert werden.

Die einschlägigen Vorschriften für die Niederschlagswasserversickerung sind zu beachten. Auf die Genehmigungspflicht einer Oberflächenwassereinleitung in Gräben oder Gewässer in gesonderten wasserrechtlichen Verfahren wird hingewiesen.

5.3 Energieversorgung

Die Stromversorgung ist durch Anschluss an das Versorgungsnetz der Bayernwerk AG vorgesehen.

5.4 Telekommunikation

Ein Anschluss der Parzellen mit Breitband/Glasfaser über die Deutsche Telekom AG wird angestrebt.

5.5 Abfallentsorgung

Die Abfallbeseitigung erfolgt durch den Zweckverband Abfallwirtschaft Straubing Stadt und Land (ZAW).

Die entsorgungstechnischen Vorgaben des Zweckverbandes sind von den jeweiligen Bauherren zu beachten.

Wieder verwertbare Abfallstoffe und Grünabfälle werden im städtischen Wertstoffhof gesammelt und recycelt bzw. fachgerecht entsorgt.

6. Immissionsschutz

~~Aufgrund eines für die Parkplätze der Einkaufszentren anzusetzenden hohen Stellplatzwechsels werden dem sonstigen Sondergebiet „Lebensmittelfachmarkt, Getränkemarkt, Drogeriemarkt, Backshop sowie ein Cafe mit Verzehrfläche“ Einkaufszentrum und Einkaufsmarkt die flächenbezogenen Schallleistungspegel eines uneingeschränkten Gewerbegebietes zugeordnet.~~

~~Im Bebauungs- und Grünordnungsplan werden entsprechende immissionswirksame, flächenbezogene Schallleistungspegel festgesetzt.~~

Das Emissionsverhalten der Nutzungen im Sondergebiet wird im Bebauungs- mit Grünordnungsplan als besondere Festsetzung über die Art der Nutzung im Sinne von § 11 Abs. 2 S. 1 BauNVO durch Emissionskontingente nach DIN 45691:2006-12 geregelt. Als Ausgangswert für die Emissionskontingente wird der Wert eines Gewerbegebietes nach DIN 18005 herangezogen.

7. Beteiligte Behörden und Träger öffentlicher Belange (TÖB) nach § 4 BauGB

1. Regierung von Niederbayern, Höhere Landesplanungsbehörde, Landshut
2. Landratsamt Straubing-Bogen, (6-fach: Untere Bauaufsichtsbehörde, Untere Immissionsschutzbehörde, Untere Naturschutzbehörde, Kreisstraßenbaubehörde, Gesundheitsbehörde, Kreisarchäologie)
3. Regionaler Planungsverband Donau-Wald im Landratsamt Straubing-Bogen
4. Staatliches Bauamt Passau, Servicestelle Deggendorf
5. Wasserwirtschaftsamt Deggendorf
6. Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Straubing
7. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Straubing
8. Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, Referat G23 – Bauleitplanung, Postfach 10 02 03, 80076 München
9. Bund Naturschutz in Bayern e.V., Kreisgruppe Straubing-Bogen
10. Energieversorgung Bayernwerk AG
11. Energie Südbayern GmbH, Dingolfing
12. Wasserzweckverband Mallersdorf
13. Zweckverband Abfallwirtschaft Straubing Stadt und Land (ZAW)
14. Deutsche Telekom Technik GmbH, Regensburg
15. Industrie- und Handelskammer Passau
16. Gewerbeaufsichtsamt Landshut
17. Benachbarte Gemeinden: Laberweinting, Markt Schierling

8. Umweltbericht

Gemäß § 2 Abs. 4 BauGB ist mit Wirkung der BauGB-Novellierung vom 20.07.2004 zu Bauleitplänen eine Umweltprüfung und hierfür die Erstellung eines Umweltberichtes erforderlich. Er beschreibt und bewertet voraussichtliche, erhebliche Auswirkungen auf unterschiedliche Umweltbelange in Zusammenhang mit dem beabsichtigten Vorhaben. Der Umweltbericht ist gem. § 2a BauGB der Begründung zur Bauleitplanung als gesonderter Teil beizufügen.

Anzumerken ist, dass im Rahmen der öffentlichen Auslegung von Seiten des Landratsamtes Straubing-Bogen vom 04.09.2018 Einverständnis mit der Bauleitplanung aus städtebaulicher, bodenschutzrechtlicher, naturschutzfachlicher, bodendenkmalpflegerischer sowie aus siedlungshygienischer Sicht besteht.

8.1 Ziel der Planung

Der Markt Mallersdorf-Pfaffenberg beabsichtigt die Änderung des rechtskräftigen Flächennutzungs- mit Landschaftsplan mittels Deckblatt Nr. 29. Südlich der Straubinger Straße soll das bisher festgesetzte Sondergebiet „Einkaufszentrum“ ~~und die „Grüne Mitte“~~ in ein sonstiges Sondergebiet mit Zweckbestimmung „Lebensmittelfachmarkt, Getränkemarkt, Drogeriemarkt, Backshop sowie ein Cafe mit Verzehrfläche“ ~~sowie die östliche Fläche in ein Mischgebiet~~ umgewandelt werden.

8.2 Festgelegte Ziele des Umweltschutzes in Fachgesetzen und Fachplänen und Art deren Berücksichtigung

➤ Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) Stand 22.08.2013

Der Markt Mallersdorf-Pfaffenberg liegt gem. der Strukturkarte im „allgemeinen ländlichen Raum“ in der Region 12 „Donau-Wald“.

Auszüge aus relevanten Festlegungen, Ziele (Z) und Grundsätze (G):

1. Grundlagen und Herausforderungen der räumlichen Entwicklung und Ordnung Bayerns

1.1 Gleichwertigkeit und Nachhaltigkeit

1.1.1 Gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen:

(Z) *In allen Teilräumen sind gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen oder zu erhalten. Die Stärken und Potenziale der Teilräume sind weiter zu entwickeln. Alle überörtlich raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen haben zur Verwirklichung dieses Ziels beizutragen.*

(G) *Hierfür sollen insbesondere die Grundlagen für eine bedarfsgerechte Bereitstellung und Sicherung von Arbeitsplätzen, Wohnraum sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge und zur Versorgung mit Gütern geschaffen oder erhalten werden.*

1.2 Demografischer Wandel

1.2.2 Abwanderung vermindern

(G) *Die Abwanderung der Bevölkerung soll insbesondere in denjenigen Teilräumen, die besonders vom demographischen Wandel betroffen sind, vermindert werden.*

1.2.6 Funktionsfähigkeit der Siedlungsstrukturen

(G) Die Funktionsfähigkeit der Siedlungsstrukturen einschließlich der Versorgungs- und Entsorgungsinfrastrukturen soll unter Berücksichtigung der künftigen Bevölkerungsentwicklung und der ökonomischen Tragfähigkeit erhalten bleiben.

2. Raumstruktur

2.1 Zentrale Orte

2.1.1 Funktion der Zentralen Orte

(G) Zentrale Orte sollen überörtliche Versorgungsfunktionen für sich und andere Gemeinden wahrnehmen. In ihnen sollen überörtliche Einrichtungen der Daseinsvorsorge gebündelt werden. Sie sollen zur polyzentrischen Entwicklung Bayerns beitragen.

2.1.2 Versorgungsauftrag der Zentralen Orte

(G) Alle Zentralen Orte sollen ein umfassendes Angebot an zentralörtlichen Einrichtungen der Grundversorgung für die Einwohner ihres Nahbereichs vorhalten.

2.2 Gebietskategorien

2.2.5 Entwicklung und Ordnung des ländlichen Raums

(G) Der ländliche Raum soll so entwickelt und geordnet werden, dass

- er seine Funktion als eigenständiger Lebens- und Arbeitsraum nachhaltig sichern und weiter entwickeln kann,
- seine Bewohner mit allen zentralörtlichen Einrichtungen in zumutbarer Erreichbarkeit versorgt sind,
- er seine eigenständige Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur bewahren kann und
- er seine landschaftliche Vielfalt sichern kann.

3 Siedlungsstruktur

3.1 Flächensparen

(G) Die Ausweisung von Bauflächen soll an einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung unter besonderer Berücksichtigung des demographischen Wandels und seiner Folgen ausgerichtet werden.

(G) Flächensparende Siedlungs- und Erschließungsformen sollen unter Berücksichtigung der ortsspezifischen Gegebenheiten angewendet werden.

3.2 Innenentwicklung vor Außenentwicklung

(Z) In den Siedlungsgebieten sind die vorh. Potentiale der Innenentwicklung möglichst vorrangig zu nutzen. Ausnahmen sind zulässig, wenn Potentiale der Innenentwicklung nicht zur Verfügung stehen.

3.3 Vermeidung von Zersiedelung

(G) Eine Zersiedelung der Landschaft und eine ungegliederte, insbesondere bandartige Siedlungsstruktur sollen vermieden werden.

(Z) Neue Siedlungsflächen sind möglichst in Anbindung an geeignete Siedlungseinheiten auszuweisen.

5.3 Einzelhandelsgroßprojekte

5.3.1 Lage im Raum

(Z) *Flächen für Einzelhandelsgroßprojekte dürfen nur in Zentralen Orten ausgewiesen werden.*

5.3.2 Lage in der Gemeinde

(Z) *Die Flächenausweisung für Einzelhandelsgroßprojekte hat an städtebaulich integrierten Standorten zu erfolgen.*

(B) *Städtebaulich integrierte Lagen sind Standorte innerhalb eines baulich verdichteten Siedlungszusammenhangs mit wesentlichen Wohnanteilen oder direkt angrenzend, die über einen anteiligen fußläufigen Einzugsbereich und eine ortsübliche Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) verfügen.*

5.3.3 Zulässige Verkaufsflächen

(Z) *Durch Flächenausweisungen für Einzelhandelsgroßprojekte dürfen die Funktionsfähigkeit der Zentralen Orte und die verbrauchernahe Versorgung der Bevölkerung im Einzugsbereich dieser Einzelhandelsgroßprojekte nicht wesentlich beeinträchtigt werden. Soweit sortimentsspezifische Verkaufsflächen die landesplanerische Relevanzschwelle (1.200 m² Verkaufsfläche) überschreiten, dürfen Einzelhandelsgroßprojekte,*

- soweit in ihnen Nahversorgungsbedarf oder sonstiger Bedarf verkauft wird, 25 v.H.,*
- soweit in ihnen Innenstadtbedarf verkauft wird, für die ersten 100 000 Einwohner 30 v.H., für die 100 000 Einwohner übersteigende Bevölkerungszahl 15 v.H. der sortimentsspezifischen Kaufkraft im einschlägigen Bezugsraum abschöpfen.*

Berücksichtigung:

Maßvolles und bedarfsgerechtes Bereitstellen einer Entwicklungsfläche für ein Sondergebiet „Lebensmittelfachmarkt, Getränkemarkt, Drogeriemarkt, Backshop sowie ein Cafe mit Verzehrfläche“ entsprechen dem örtlichen Bedarf.

Die im Regionalplan als Mittelzentrum ausgewiesene Marktgemeinde Mallersdorf-Pfaffenberg ist landesplanerisch (bis zur Anpassung des Regionalplanes) als Zentraler Ort der Grundversorgung einem Grundzentrum gleichgestellt. Damit ist der Standort für Einzelhandelsprojekte grundsätzlich geeignet. Es besteht eine direkte Anbindung an bestehende Bebauung (städtebaulich integrierte Lage). Eine Zersiedelung wird somit vermieden. Arbeitsplätze können durch diese Ausweisung geschaffen werden und somit Lebens- und Arbeitsräume gesichert werden. Es erfolgt eine ressourcenschonende Umsetzung mit wirtschaftlicher Erschließungsplanung unter Einbeziehung vorhandener Straßen und Wege. Eine wirtschaftliche Ver- und Entsorgung kann gesichert werden.

Der Geltungsbereich liegt außerhalb von ökologischen Vorrangflächen und in unmittelbarer Nachbarschaft zu bestehenden Gewerbegebieten.

Die Regierung von Niederbayern hat zur Anpassung an die Ziele der Raumordnung ausführlich Stellung:

Der Markt Mallersdorf-Pfaffenberg ist als Mittelzentrum grundsätzlich für die Ansiedlung von Einzelhandelsgroßprojekten geeignet (vgl. LEP 5.3.1 Z). Der geplante Standort befindet sich in zentraler Lage zwischen den beiden Hauptorten Mallersdorf und Pfaffenberg und kann deshalb als städtebaulich integriert angesehen werden (vgl. LEP 5.3.2 Z).

Im Sondergebiet ist ein Lebensmittelmarkt mit einer Verkaufsfläche von 1.500 m², ein Getränkemarkt mit 450 m² Verkaufsfläche und ein Drogeriemarkt mit max. 750 qm Verkaufsfläche und ein Backshop mit max. 50 qm Verkaufsfläche sowie eine Café-/Verzehrfläche mit max. 200 qm vorgesehen.

Das Mittelzentrum Mallersdorf-Pfaffenberg verfügt über einen Nahbereich von 10.239 Einwohnern. Bei einer zulässigen Abschöpfungsquote von 25 % befindet sich sowohl der geplante Supermarkt mit max. 1.500 m² Verkaufsfläche, als auch der Getränkemarkt mit max. 450 m² Verkaufsfläche innerhalb der rechnerisch zulässigen Verkaufsflächen.

Die Größe des Lebensmittelfachmarkts und des Getränkemarkts haben sich gegenüber der ersten Auslegung nicht verändert. Im zweiten Gebäude sind nun der Drogeriemarkt und der Backshop mit Cafébereich vorgesehen. Diese Konstellation erfüllt weder die Merkmale eines Einkaufszentrums noch einer Agglomeration im Sinne des LEP-Ziels 5.3.1.

Damit entspricht die vorgelegte Planung den Erfordernissen der Raumordnung sowie dem (Z) 5.3.3 des LEP.

➤ Regionalplan Region Donau-Wald (RP 12)

Laut der Raumstrukturkarte des Regionalplans Region Donau-Wald (RP 12, Stand 30.04.2016) liegt Mallersdorf-Pfaffenberg als mögliches Mittelzentrum im Ländlichen Teilraum, dessen Entwicklung in besonderem Maße gestärkt werden soll sowie im Bereich der Entwicklungsachsen Richtung Regensburg und Landshut.

Auszüge aus relevanten Festlegungen, Ziele (Z) und Grundsätze (G):

A I - Leitbild

1

(Z) *Die Region soll zur Sicherung der Lebens- und Arbeitsbedingungen künftiger Generationen nachhaltig entwickelt werden. In ihrer Gesamtheit und in ihren Teilräumen soll sie so entwickelt und gestärkt werden, dass die sich aus der Lage inmitten Europas und an der Nahtstelle zur Tschechischen Republik und zum Donaauraum ergebenden Herausforderungen bewältigt und gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Regionsteilen geschaffen werden.*

A III – Zentrale Orte

2.3 Mögliche Mittelzentren

(G) *Es ist von besonderer Bedeutung, die möglichen Mittelzentren Mallersdorf-Pfaffenberg, Osterhofen, Waldkirchen und vor allem die bevorzugt zu entwickelnden möglichen Mittelzentren Hauzenberg und Tittling in ihren mittelzentralen Versorgungsaufgaben zu stärken. Dabei sind vor allem anzustreben:*

- *die Ausweitung und Sicherung des Angebots an Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich*
- *die Beseitigung städtebaulicher und funktionaler Mängel,*
- *die Verbesserung der verkehrlichen Anbindung,*
- *die Stärkung des Handels- und Dienstleistungsbereichs,*
- *die Stärkung des Schulstandortes*

B II – Siedlungswesen

1 Siedlungsentwicklung

1.2

G Die für die Region charakteristischen Siedlungsstrukturen sollen erhalten und behutsam weiterentwickelt werden.

1.3

G Die Siedlungsgebiete sowie sonstige Vorhaben sollen möglichst schonend in die Landschaft eingebunden werden. Für das Orts- und Landschaftsbild wichtige Siedlungsränder sollen erhalten und strukturreiche Übergänge zwischen Siedlung und Freiraum angestrebt werden.

B IV –Wirtschaft

4. Handel und Dienstleistungen

4.1 Z In der gesamten Region soll auf eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Waren und Dienstleistungen hin-gewirkt werden.

4.2 Z Die Grundversorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs soll in allen Gemeinden der Region sichergestellt werden.

Berücksichtigung:

Maßvolle Flächenausweisung in angebundener Lage für den örtlichen Bedarf. Die Erschließung ist gewährleistet. Die Grundversorgung der Bevölkerung sowie Lebens- und Arbeitsräume können somit weiterhin gesichert und auch zusätzlich geschaffen werden. Die Ziele der Regionalplanung sind durch die Planänderung nicht berührt, da der Bebauungsplan das Gebiet bisher als Sondergebiet gesetzt hat.

Der vorliegende Bebauungs- und Grünordnungsplan regelt die bauliche Entwicklung des geplanten Sondergebietes, seine Einbindung in die Umgebung, berücksichtigt dabei benachbarte Bauformen und trifft verbindliche Aussagen zur Eingriffsminimierung und -vermeidung gem. § 15 BNatSchG.

➤ **Flächennutzungs- und Landschaftsplan**

Der Geltungsbereich ist im rechtskräftigen Flächennutzungs- mit Landschaftsplan als Fläche für ein Sondergebiet „Einkaufszentrum“ dargestellt.

Berücksichtigung:

Im Parallelverfahren gem. § 8 (3) BauGB soll mit Deckblatt Nr. 29 eine entsprechende Änderung in ein sonstiges Sondergebiet vorgenommen werden.

➤ **Naturschutzrecht**

Innerhalb des Geltungsbereiches befinden sich keine ausgewiesenen Landschaftsschutzgebiete, Natura-2000-Gebiete, Naturschutzgebiete, geschützte Landschaftsbe-

standteile oder Naturdenkmale. Ebenso sind im Geltungsbereich keine amtlich ausgewiesenen Biotope bzw. gem. § 30 BNatschG geschützte **Strukturen vorhanden. Der Planungsumgriff befindet sich jedoch vollständig im Bereich der vom Landesamt für Umwelt (LfU) ermittelten Nahrungskulisse des Weißstorchs. Gem. Art. 23 Abs. 5 BayNatschG sind Brut-, Nahrungs- und Aufzuchtbiotope des Weißstorchs zu sichern.**

Berücksichtigung:

Grünordnerische Festsetzungen zur konkreten Umsetzung von Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege werden gem. Art. 4 BayNatSchG im vorliegenden Deckblatt zum Bebauungs- mit integriertem Grünordnungsplan getroffen (Private und öffentliche Randeingrünung, Durchgrünung Stellplätze). **Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände können durch die Umsetzung vorgezogener artenschutzrechtlicher Ausgleichsmaßnahmen ausgeschlossen werden. Der Verlust des Nahrungsraums des Weißstorchs wird vollständig ausgeglichen (siehe Ausgleichsbebauungsplan als Bestandteil des B- und GOP`s).**

➤ **Denkmalschutzrecht**

Bodendenkmäler

Gemäß Bayern-Viewer-Denkmal befinden sich im Geltungsbereich selbst keine bekannten Bodendenkmäler. Im näheren Umfeld (ca. 500 m entfernt) befindet sich süd-östlich das Bodendenkmal D-2-7239-0073 und im Süd-Westen das Bodendenkmal D-2-7239-0119.

Berücksichtigung:

Der ungestörte Erhalt evtl. Denkmäler hat aus Sicht des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege Priorität. Bodeneingriffe sollten auf das unabwendbare Maß beschränkt bleiben. Bodendenkmäler unterliegen der Meldepflicht, Bodeneingriffe jeder Art (vgl. Art. 1 Abs. 2 u. 2 DSchG) sind nach Art. 7 DSchG genehmigungspflichtig und daher mit der Kreisarchäologie oder dem Bayer. Landesamt f. Denkmalpflege abzustimmen. Bei Überplanung bzw. Bebauung hat der Antragsteller im Bereich von Denkmalflächen eine Erlaubnis bei der Unteren Denkmalschutzbehörde einzuholen, archäologische Voruntersuchungen sind dann bauvorgreifend in jedem Fall notwendig.

Baudenkmäler

Gemäß Bayerischem Denkmal-Atlas befinden sich im Geltungsbereich und in der näheren Umgebung keine bekannten Baudenkmäler.

Berücksichtigung:

Die Erlaubnis der Unteren Denkmalschutzbehörde ist einzuholen, wenn in der Nähe von Baudenkmalen Anlagen errichtet, verändert oder beseitigt werden, wenn sich dies auf Bestand oder Erscheinungsbild eines der Baudenkmäler auswirken kann (vgl. Art. 6 Abs. 1 Satz 2 DSchG).

➤ **Überschwemmungsgefährdung**

Das Plangebiet befindet sich gemäß dem Informationsdienst Überschwemmungsgefährdete Gebiete (IÜG) des Bayerischen Landesamtes für Umwelt z. T. innerhalb eines festgesetzten Überschwemmungsgebietes.

Berücksichtigung:

Für das Sondergebiet wird als Geländehöhe, bis zu der keine baulichen Schäden zu erwarten sind, ein Wasserstand von 382,00 m ü. NN vorgegeben, zzgl. 40 cm Freibord. Die Höhe der Fußbodenoberkante muss sich mind. auf Höhe 382,40 m ü. NN befinden. Weitere Wasserwirtschaftliche Voraussetzungen siehe Ziff. 1.9 der Begründung.

➤ **Wasserrecht**

Eine wasserrechtliche Gestattung ist u. U. erforderlich, wenn für die Gründungen von Gebäuden oder sonstige Bauteile das Grundwasser angeschnitten wird. Die Grundwasserstände dürfen nicht zum Nachteil Dritter beeinflusst werden.

Berücksichtigung:

Entsprechende Antragsunterlagen sind beim Landratsamt Straubing-Bogen einzureichen.

➤ **Immissionsschutz**

~~Es wird der immissionswirksame Flächenbezogene Schalleitungspegel eines Gewerbegebietes mit 60 dB(A)/m² tags und 45 dB(A)/m² nachts festgesetzt (siehe Ziff. 4 Festsetzungen durch Text und Ziff. 1.2 der planlichen Festsetzungen)~~

~~Das Emissionsverhalten der Nutzungen im Sondergebiet wird als besondere Festsetzung im Bebauungs- mit Grünordnungsplan über die Art der Nutzung im Sinne von § 11 Abs. 2 S. 1 BauNVO durch Emissionskontingente nach DIN 45691:2006-12 geregelt. (siehe Ziff. 4 Festsetzungen durch Text des B- und GOP's).~~

8.3 Beschreibung und Bewertung der festgestellten Umweltauswirkungen

8.3.1 Bestandsaufnahme

➤ **Natürliche Grundlagen**

Das Untersuchungsgebiet wird dem **Naturraum** „Unterbayerisches Hügelland und Isar-Inn-Schotterplatten“ (D65), und hier der naturräumlichen Untereinheit „Donau-Isar-Hügelland“ (062-A) zugerechnet.

Ein Drittel der Landkreisfläche zählt zum Donau-Isar-Hügelland, das vorwiegend aus den Vollschottern der Oberen Süßwassermolasse aufgebaut wird. Der Naturraum wird durch sanft geschwungene Hügelketten (400-500 m ü.NN) und ein engmaschiges, fein verzweigtes Talnetz gekennzeichnet

Die naturräumliche Einheit wird im Landkreis größtenteils von diluvialen Löss-, Lösslehm- und Decklehmschichten überlagert. Daher herrschen in weiten Bereichen ertragreiche Braunerden vor, die intensiv landwirtschaftlich genutzt werden. Naturnahe bzw. einstmals landschaftsprägende Lebensraumtypen sind bis auf kleine Reste verschwunden.

Auf weniger fruchtbaren kiesig-sandigen Böden stocken überwiegend naturferne Nadelforste. (ABSP Landkreis Straubing-Bogen 2007)

Das **Klima** ist trocken bis mäßig feucht. Die durchschnittliche Jahrestemperatur beträgt 7,50 C, die Niederschlagsmenge erreicht 700 mm durchschnittliche Regenmenge pro m² und Jahr. Die Zahl der Frosttage ist geringer als im nördlich anschließenden Dungaubecken und im Unteren Isartal. (ABSP Landkreis Straubing-Bogen 2007)

Aufgrund der intensiven Nutzung mit hohem Ackeranteil und großräumigem Nutzungsmustern ist das Donau-Isar-Hügelland großräumig an naturnahen und artenreichen Lebensräumen verarmt. Der Anteil kartierter Biotopflächen an der Gesamtfläche liegt mit 0,9 % weit unter dem Landesdurchschnitt und damit auch unterhalb dem für eine Mindestausstattung mit artenreichen Lebensräumen erforderlichen Wert. Auch im Vergleich mit den anderen Naturräumen im Landkreis ist eine deutlich unterdurchschnittliche Ausstattung festzustellen, da bei fast allen Biotoptypen der Anteil an deren Gesamtfläche im Landkreis weit unter dem entsprechend der Naturraumgröße zu erwartenden Wert von ca. 32 % der kartierten Flächen liegt.

Die meist nur kleinflächig anzutreffenden Biotopflächen konzentrieren sich auf die Bachtäler (v. a. Gehölz- und Hochstaudensäume) sowie auf steiler geneigte Hänge entlang der kleineren und größeren Täler (Hecken, Ranken, Abbaustellen). Überwiegend handelt es sich um Gehölzbiotopflächen. Dennoch sind nicht einmal für diese Lebensraumgruppe die Biotopgröße und Verbundlage als günstig zu beurteilen. Die noch vorhandene Artenvielfalt im Naturraum ist daher nicht gesichert, zumal die gefährdeten Arten i. d. R. in nur kleinen Populationen vorkommen. Das größte Biotopvernetzungspotenzial besitzen die Talzüge der Kleinen Laaber und der Aiterach, die somit die Hauptlinien des zu schaffenden Biotopverbundes bilden. (ABSP Landkreis Straubing-Bogen 2007)

Das Planungsgebiet stellt sich als leicht nach Süden geneigtes **Gelände** dar. Die Geländehöhen reichen von etwa 382,30 m ü.NN im Nord bis hin zu 381,30 m ü.NN im Süden.

Die **Potenziell Natürliche Vegetation**, also die Vegetation, die sich nach Aufhören der menschlichen Nutzung langfristig einstellen würde, ist gemäß FIS-NATUR (FIN-Web) der Zittergrasseggen-Stieleichen-Hainbuchenwald im Komplex mit Hainmieren-Schwarzerlen-Auwald

8.3.2 Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter sowie auf der Wirkungsgefüge

8.3.2.1 Schutzgut Boden

Beschreibung:

In der Übersichtsbodenkarte werden die Böden im nördlichen Bereich als fast ausschließlich Kolluvisol aus Schluff bis Lehm (Kolluvium) (12a) im südlichen Bereich fast ausschließlich als Gley und Braunerde-Gley aus (skelettführendem) Schluff bis Lehm, selten aus Ton (Talsediment) (73b) dargestellt (Übersichtsbodenkarte M 1:25.000, <http://www.umweltatlas.bayern.de>).

In der Bodenschätzungskarte wird der Bereich als Lehm mit einer guten Zustandsstufe angegeben (Bodenschätzungskarte M 1:25.000, <http://www.umweltatlas.bayern.de>).

Im Bestand handelt es sich um anthropogen überprägte Flächen, die unter Dauerbewuchs stehen.

Auswirkungen:

Baubedingt werden die Flächen im überbaubaren Bereich und der Erschließungsstraßen verändert oder versiegelt, der Oberboden wird hier großflächig abgetragen und z. T. andernorts wieder aufgetragen. Durch die Baumaßnahmen werden Erdbewegungen unvermeidbar, wodurch die Bodenstruktur größtenteils dauerhaft verändert wird.

Nach erfolgter Modellierung wird der Oberboden in nicht überbauten Bereichen wieder angedeckt. Somit wird zumindest teilweise der Eingriff minimiert.

Ergebnis:

Bodenteilfunktionen (§ 2 BBodSchG)	Bewertungsgrundlagen	Bewertung	Wertstufen
Standortpotenzial für die natürliche Vegetation (Arten- und Biotopschutzfunktion)	Übersichtsbodenkarte http://www.umweltatlas.bayern.de Moorbodenkarte: kein Eintrag http://www.umweltatlas.bayern.de iüG: Lage innerhalb von Überschwemmungsgebieten	Im nördl. Bereich fast ausschließlich Kolluvisol aus Schluff bis Lehm (Kolluvium) (12a) im südlichen Bereich fast ausschließlich als Gley und Braunerde-Gley aus (skelettführendem) Schluff bis Lehm, selten aus Ton (Talsediment)	3 (mittel) bis 4 (hoch)
Retentionsvermögen bei Niederschlagsereignissen	Übersichtsbodenkarte http://www.umweltatlas.bayern.de (Boden) iüG: Lage innerhalb von Überschwemmungsgebieten	Lehm, Durchlässigkeit gering bis mittel mittleres Rückhaltevermögen	3 (mittel)
Natürliche Ertragsfähigkeit landwirtschaftlich genutzter Böden	Bodenschätzungskarte: LI12 http://www.umweltatlas.bayern.de	Lehm mit mittlerer Zustandsstufe, mittlere Ertragsfähigkeit	3 (mittel)
Böden als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte	Geotope: Kein Eintrag http://www.umweltatlas.bayern.de	/	/
Gesamtwert			3 (mittel)

Die materiell-rechtlichen Vorgaben des Bodenschutzes gem. § 12 BBodSchV sind zu beachten, eine nachhaltige Sicherung der Bodenfunktion ist zu gewährleisten.

Der Gesamtwert der einzelnen Bodenfunktionen ist im Planungsgebiet als mittel zu bewerten (mittlere Funktionserfüllung). Es wird eine **mittlere Beeinträchtigung** des Schutzgutes Boden festgestellt.

8.3.2.2 Schutzgut Wasser

Beschreibung:

Innerhalb des Geltungsbereiches befinden sich keine Wasserschutzgebiete oder Ober-

flächengewässer. Ein Großteil der Fläche befindet sich innerhalb des amtlich Festgesetzten Überschwemmungsgebietes der Kleinen Laber. Auf Grund der derzeitigen landw. Nutzung ist ein Eintragsrisiko von Nähr- und Schadstoffen vorhanden; das Grundwasser ist lt. UmweltAtlas im südl. Bereich in einer Tiefe von 4-8 dm, oft oberflächennah angegeben.

Auswirkungen:

Durch die Bodenversiegelung wird das bestehende Rückhaltevolumen des belebten Bodens vermindert und die Grundwasserneubildung beeinträchtigt. Ebenfalls geht durch die geplante Geländeauffüllung Retentionsraum verloren, welcher jedoch mit mind. gleichem Volumen weiter westlich durch Geländeabtragungen wieder geschaffen wird. Das Niederschlagswasser wird entweder oberflächlich über anzulegende Mulden versickert bzw. über unterirdische Rigolen gepuffert und bei Bedarf gedrosselt in den benachbarten Gräben eingeleitet und steht somit dem natürlichen Wasserkreislauf zur Verfügung. Die Überprüfung der lokalen Versickerfähigkeit sowie die Ausgestaltung der Regenwasserentsorgung liegen im Verantwortungsbereich des Bauherrn und sind im Bauantrag nachzuweisen.

Ergebnis:

Der Geltungsbereich wird durch die Auswirkungen mit **hoher Erheblich** als Gebiet hoher Bedeutung für das Schutzgut Wasser eingestuft.

8.3.2.3 Schutzgut Klima/Luft

Beschreibung:

Das Planungsgebiet liegt südlich, in unmittelbarem Anschluss an die Staatsstraße 2142. Somit sind bereits Vorbelastungen der Luftqualität vorhanden. Es kann aufgrund der angrenzenden vorhandenen Bebauung davon ausgegangen werden, dass es sich um Flächen ohne kleinklimatisch wirksame Luftaustauschbahnen handelt. Eine Lage innerhalb von wichtigen Luftaustauschbahnen ist aufgrund der ansteigenden Randlage der nördl. Laberaue nicht gegeben. Im Süden schließen sich die schwach geneigten, teilweise offenen landwirtschaftlich genutzten Laberauen an.

Auswirkungen:

Durch die geplante Erweiterung des Ortsgebietes ist mit grundsätzlichen Veränderungen der Standortfaktoren, v.a. durch Überbauung auszugehen, die auch mikroklimatische Folgen nach sich ziehen. So ist im Bereich der versiegelten Flächen mit insgesamt ungünstigen kleinklimatischen Bedingungen (erhöhte Abstrahlung, verminderte Verdunstung) zu rechnen. Die vorgesehenen Bepflanzungsmaßnahmen leisten einen Beitrag zum klimatischen Ausgleich.

Da die von diesen Veränderungen betroffene Fläche in ihrer Umgebung mit weiterhin landwirtschaftlich genutzten Grundstücken insgesamt als vergleichsweise kleinräumig anzusehen ist, sind größere negative Beeinträchtigungen des Kleinklimas nicht zu befürchten.

Ergebnis:

Insgesamt betrachtet sind Umweltauswirkungen durch die Bebauung und Erschließung mit **geringer Erheblichkeit** zu erwarten.

8.3.2.4 Tiere und Pflanzen, biologische Vielfalt

Beschreibung:

Das Planungsgebiet befindet sich außerhalb landschaftsökologisch sensibler Bereiche bzw. landschaftsbildprägender Oberflächenformen und wird intensiv landwirtschaftlich genutzt (intensive Wiesenfläche). Es befindet sich am nördlichen Randbereich des Schwerpunktgebietes B - Talraum der Kleinen Laber (ABSP SR-Bogen, 2007). Es ist zum einen durch die intensive landwirtschaftliche Nutzung, zum anderen durch die nördlich angrenzende Staatsstraße, den Schulbetrieb (Bushalte- und Wendeanlage, sowie Sportanlage im Norden) vorbelastet und insbesondere als potentieller Lebensraum für störungsempfindliche Arten ungeeignet.

Der Planungsumgriff befindet sich vollständig im Bereich der vom Landesamt für Umwelt (LfU) ermittelten Nahrungskulisse des Weißstorchs. Gem. Art. 23 Abs. 5 BayNatschG sind Brut-, Nahrungs- und Aufzuchtbiotope des Weißstorchs zu sichern bzw. gem. § 29 Abs. 1 Nr. 4 BNatSchG geschützte Landschaftsbestandteile wegen ihrer Bedeutung als Lebensstätten bestimmter wild lebender Tier- und Pflanzarten besonders zu schützen. Das Plangebiet liegt außerhalb von Schutzgebieten im Sinne der § 23-28 BNatSchG.

Auswirkungen:

Baubedingt wird ein Großteil der Flächen innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes verändert sowie versiegelt. Durch die Anlage von umgebenden Grünflächen mit einzelnen Gehölzpflanzungen und Überstellung des Parkplatzes mit Hochstamm-bäumen werden Teilflächen für das Schutzgut Arten und Lebensräume wiederhergestellt bzw. aufgewertet. Diese Maßnahmen haben jedoch hinsichtlich der Lebensraumansprüche des Weißstorchs keine Wirkungen. Der Verlust des Nahrungsraumes ist anderweitig vollständig auszugleichen.

Spezieller Artenschutz gem. § 44 BNatSchG

Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf eine einfache, reduzierte Potenzialabschätzung. Als Grundlage für potentiell im Gebiet vorkommende Arten dienen die Informationen des Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz (Online-Abfrage) – TK-Blatt 7239 (Mallersdorf). Lebensraumtypen, welche im Vorhabensgebiet nicht vorkommen (z. B. alpine Lebensräume, naturnahe Fließgewässer, etc.) wurden ausgeschlossen. Als Arteninformation wird daher der Lebensraumtyp „Extensivgrünland und andere Agrarlebensräume“ herangezogen. Artspezifische Erhebungen wurden nicht durchgeführt.

Eine potentielle Betroffenheit ergibt sich demnach auf der ersten Ebene der Abschichtung für die Artengruppe der Säugetiere (hier: Fledermäuse) und der Vögel. Die sonstigen Artengruppen sind als nicht betroffen einzustufen.

Fledermäuse

Innerhalb des Geltungsbereichs befinden sich keine potenziellen Quartierbäume mit Höhlen und Spalten, welche als Lebensraum dienen könnten. Durch die baulichen Maßnahmen sind hauptsächlich intensiv bewirtschaftete Grünlandflächen betroffen, welche ein potentielles Nahrungs- und Jagdrevier darstellen und als Teilbereich verloren geht. Durch die geplanten Durch- und Eingrünungsmaßnahmen kann in gewissem Maß ein Verlust potentieller Nahrungs- und Jagdreviere kompensiert werden.

Vögel

Die Artengruppe der Eulen und Greifvögel kann als nicht betroffen gelten, da die Popula-

tionen sehr große Reviere beanspruchen und die Fläche nur einen kleinen Bestandteil des potenziellen Nahrungsraumes umfasst. Durch das Fehlen von Bäumen, Hecken, Gehölzen, Wasser- und Uferflächen sowie Röhricht oder Schilf können Arten, welche diese Strukturen benötigen als nicht betroffen angesehen werden (z. B. Teichrohrsänger, Flussregenpfeifer, Goldammer, Dorngrasmücke).

Für Arten wie Rauch- oder Mehlschwalbe finden sich keine geeigneten Lebensräume wie z. B. Gebäude.

Für Bodenbrüter (z.B. Feldlerche und Kiebitz) ist der Planbereich aufgrund der Nähe zu vorh. Bebauung im Westen, der aktuell vorhandenen Baustelle des neuen Rathauses im Osten, sowie der angrenzenden Staatsstraße und der Betrieb des Schulzentrums (Buswendeplatz, Sportgelände) im Norden und der damit verbundenen Kulissenwirkung als ungeeignet anzusehen.

Das ABSP stellt den Talraum der Kleinen Laber und hier speziell den Erhalt und die Optimierung als Wiesenaue als überregionalen Entwicklungsschwerpunkt dar. **Auch wenn** aufgrund der oben beschriebenen Randlage und damit verbundenen Störungen, das Fehlen von Feuchtwiesen und die intensive Bewirtschaftung der Wiesenflächen **die Lebensraumeignung als durchaus eingeschränkt angesehen werden kann**, kann die Fläche aber für Arten wie den Weißstorch, Wiesenpieper oder Großen Brachvogel als **durchaus geeignet** angesehen werden. **Der Druck auf geeignete Lebensräume steigt, so dass regelmäßig auch nicht optimale Habitate besiedelt werden.** Durch die Abgrabungen, welche für den Ausgleich des Retentionsverlustes auf der Fl. Nr. 1263 Gemarkung Mallersdorf festgesetzt werden, entstehen feuchte Wiesen- und Auenflächen, welche als Nahrungs- und Lebensraum für die o. g. Vogelarten zusätzlich geschaffen werden. **Ein Teil dieser Abgrabungsflächen fungiert als vorgezogene Ausgleichsmaßnahme, umzusetzen spätestens im Jahr vor den Erschließungsmaßnahmen (s. Ausgleichsbebauungsplan).** **Der Verlust des Nahrungsraumes des Weißstorches wird dadurch vollständig ausgeglichen.**

Auswirkungen:

Bezüglich der gemeinschaftsrechtlich geschützten Arten (Pflanzen- und Tierarten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie und alle europäische Vogelarten nach Art. 1 der Vogelschutz-Richtlinie) sind unter Beachtung der vorgezogenen artenschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen sowie der Vermeidungsmaßnahmen keine Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG (Schadigungsverbot, Störungsverbot, Tötungsverbot) zu erwarten. Die zu erwartenden Wirkungen, insbesondere auf Weißstorch und bodenbrütende Vogelarten können unter die Erheblichkeitsschwelle gesenkt werden.

Ergebnis:

Insgesamt betrachtet sind Auswirkungen durch die Bebauung und Erschließung mit **geringer bis mittlerer Erheblichkeit** zu erwarten.

8.3.2.5 Schutzgut Landschaft

Beschreibung:

Der Geltungsbereich liegt zwischen den Orten Mallersdorf und Pfaffenberg. Unmittelbar im Westen befinden sich bereits dominante gewerbliche und öffentliche Gebäude. Im Osten wird aktuell das neue Rathaus errichtet. Nördlich wird das Plangebiet durch die St 2142 eingegrenzt. Nach Süden schließen sich die landwirtschaftlich überwiegend als Grünland genutzten Talauen der Kleinen Laber an. Dieses Gebiet ist vergleichsweise gering durch Gehölze oder Bäume gegliedert und wirkt daher weitläufig. Im Fächennut-

zungsplan ist der Bereich des Sondergebietes bereits als Sondergebiet „Einkauszentrum“ ausgewiesen.

Auswirkungen:

Während der Bauphase ist mit optischen Störungen durch den Baubetrieb zu rechnen. Die bestehende gewerbliche Bebauung stellen bereits eine Beeinträchtigung und damit Vorbelastung des Landschaftsbildes (keine freie Landschaft) dar. Durch die neue, zusätzliche Bebauung/Versiegelung wird das Landschaftsbild weiter verändert. Da sich das Sondergebiet entlang der Staatsstraße bewegt und bereits als Sondergebiet bzw. weiter im Osten als Mischgebiet ausgewiesen ist, werden zwar Randbereiche des Talräume der Kleinen Laber berührt, aber es erfolgt ein sinnvoller Lückenschluss zw. den beiden Ortsteilen. Die Auswirkungen werden durch eine Ein- und Durchgrünungsmaßnahmen minimiert.

Ergebnis:

Die baubedingten Auswirkungen sind wegen der kurzen Zeitdauer als gering einzustufen. Die anlagebedingten Auswirkungen können durch eine Ein- und Durchgrünung minimiert werden.

Durch die geplante Bebauung sind Auswirkungen **mittlerer Erheblichkeit** für das Schutzgut Landschaft zu erwarten.

8.3.2.6 Schutzgut Mensch (Erholung)

Beschreibung:

Durch die angrenzende Bebauung und die nahe Staatsstraße ist in unmittelbarem Eingriffsgebiet kein hoher Wert für die Erholung gegeben. Die südlich liegenden Talräume der Kleinen Laber können durch Fußwege erschlossen werden.

Auswirkungen:

Während der Bauphase treten vorübergehend optische Störungen und Beeinträchtigungen auf. Der neue Einzelhandel schließt unmittelbar an bestehende Bebauung an, so dass das Gebäude keine wesentliche Verschlechterung des Gesamteindruckes mit sich bringt. Die vorhandenen Wege bleiben erhalten bzw. werden verändert, so dass diese weiterhin als Zugang zum Landschafts- und Erholungsraum der Kleinen Laber genutzt werden können.

Ergebnis:

Es sind im Hinblick auf das Schutzgut Mensch (Erholung) **keine Umweltauswirkungen** zu erwarten.

8.3.2.7 Schutzgut Mensch (Lärm-Immissionen)

Beschreibung:

Das Gebiet ist v.a. durch Lärmemissionen der üblichen Geräusche der gewerblichen Nutzung im Westen, sowie der im Norden stark befahrenen Staatsstraße 2142 und des Buswendehammers sowie des Schulsportplatzes vorbelastet. Weiterhin entstehen zusätzliche Immissionen durch Parteienverkehr im Bereich des neuen Rathauses im Osten.

Auswirkungen:

Mit der Bauphase wird es im Zuge der Errichtung des Gebäudes vorübergehend zu baubedingter Lärmentwicklung kommen. Durch den neuen Einzelhandel unmittelbar an der Staatsstraße sind dadurch keine empfindlichen Nutzungen betroffen.

Ergebnis:

Insgesamt betrachtet sind die baubedingten Auswirkungen von geringer Erheblichkeit.

8.3.2.8 Schutzgut Kultur- und Sachgüter

Schutzwürdige Kultur- oder Sachgüter (Bodendenkmäler) sind auf der Fläche sowie im näheren Umfeld nicht bekannt. Es sind keine weiteren negativen Auswirkungen zu erwarten.

8.3.2.9 Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern

Die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern bewegen sich in einem normalen, üblicherweise anzutreffenden Rahmen. Sie wurden in den Betrachtungen zu den einzelnen Schutzgütern mitberücksichtigt. Erhebliche, sich gegenseitig verstärkende Wechselwirkungen sind nicht bekannt bzw. zu erwarten.

8.3.3 Zusammenfassende Bewertung der Auswirkungen auf die Schutzgüter

Schutzgut	Auswirkungen
Boden	→ mittlere Beeinträchtigung
Wasser	→ hohe Beeinträchtigung
Klima / Luft	→ geringe Beeinträchtigung
Arten und Lebensräume	→ geringe bis mittlere Beeinträchtigung
Landschaft	→ mittlere Beeinträchtigung
Mensch (Erholung)	→ keine Beeinträchtigung
Mensch (Lärm)	→ geringe Beeinträchtigung
Kultur- u. Sachgüter (Bodendenkmäler)	→ keine Beeinträchtigung
Gesamtbewertung	Gebiet geringer Bedeutung für Naturhaushalt, Landschaftsbild und die Schutzgüter

8.4 Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes

➤ Bei Durchführung der Planung

Der Bau von Erschließungseinrichtungen wie Kanal, Wasser, Straßen etc. und die Errichtung von Gebäuden bringt vorübergehend Lärm- und Abgasemissionen der entsprechenden Baumaschinen mit sich.

Teile des Grundstückes werden zukünftig neben der bestehenden Bebauung ~~bis max. GRZ 0,8~~ unterschiedlich stark überbaut und somit versiegelt, andere Teile werden im Vergleich zur überwiegend intensiven landwirtschaftlichen Nutzung durch Pflanzmaßnahmen ökologisch aufgewertet und können sich als neuer Lebensraum für Tiere und Pflanzen entwickeln.

Mit der Umsetzung der Planung erfolgen eine städtebaulich und landschaftsplanerisch vertretbare Weiterentwicklung und ein städtebaulicher Abschluss an dieser Stelle.

➤ Bei Nichtdurchführung der Planung

Die Fläche ist im derzeit gültigen Flächennutzungsplan als Fläche für ein Sondergebiet „Einzelhandel“ dargestellt.

Bei Nichtdurchführung der vorliegenden Planung würden die Flächen weiter intensiv landwirtschaftlich genutzt werden. Bei einer Beibehaltung der aktuellen landwirtschaftlichen Praxis bliebe der ungünstige Stoffeintrag in den Boden, in die angrenzenden Flächen und ins Grundwasser bestehen.

8.5 Geplante Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen

➤ Schutzgut Arten und Lebensräume

- Bündelung von Ver- und Entsorgungsleitungen außerhalb zukünftiger Baumstandorte
- Verwendung insektenschonender Beleuchtung im öffentlichen und privaten Bereich
- Verbot von durchgehenden Sockeln oder Mauern zur Einfriedung, um Kleintieren das Durchwandern zu ermöglichen
- Festsetzung privater grünordnerischer Maßnahmen zur Grundstücksdurch- bzw. -eingrünung (hier: Einzelbaumpflanzungen und Randeingrünung)

➤ Schutzgut Wasser

- Erhalt der Wasseraufnahmefähigkeit des Bodens durch Verwendung versickerfähiger Beläge
- Vermeidung der Einleitung von belastetem Wasser in Oberflächengewässer
- Vermeidung von Grundwasseranschnitten und Behinderung seiner Bewegung
- Verbot von gewässerschädlichen Materialien wie unbeschichtetes Kupfer- oder Zinkblech

➤ Schutzgut Boden

- Verwendung versickerungsfähiger Beläge
- Schichtgerechte Lagerung und ggs. Wiedereinbau des Bodens
- Schutz vor Erosion oder Bodenverdichtung

➤ Schutzgut Landschaftsbild

- Festsetzung der zulässigen Gebäudehöhen
- Neupflanzung von Bäumen und Sträuchern auf privaten Flächen
- Straßenbegleitende Baumpflanzung entlang des Radweges
- Keine Errichtung baugenehmigungsfreier Anlagen außerhalb der Baugrenzen

➤ Ausgleichsmaßnahmen

- Ein baurechtlicher Ausgleich ist aufgrund der Lage innerhalb eines rechtskräftigen Bebauungsplanes nicht notwendig
- Festsetzung einer geeigneten Ausgleichsfläche (artenschutzrechtlicher Ausgleich), in Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde (siehe hierzu Anlage 7 – Ausgleichsbebauungsplan zum B- und GOP.)

8.6 Naturschutzfachliche Eingriffsregelung

Da für den Bereich „Sandleite“ bereits seit dem Jahr 1981 ein rechtskräftiger Bebauungs- und Grünordnungsplan mit Überplanung des vorliegenden Geltungsbereiches als Mischgebiet vorliegt, ergibt sich somit bei einer zukünftigen Bebauung gem. vorliegendem Deckblatt keine weitere Verschlechterung der Gesamtsituation im Verhältnis zum damaligen Planungsstand.

Die Anwendung der naturschutzfachlichen Eingriffsregelung in der Bauleitplanung ist nicht erforderlich.

8.7 Beschreibung der wichtigsten Merkmale der verwendeten technischen Verfahren und Hinweise auf Schwierigkeiten bei der Umweltprüfung

Daten zu natürlichen Grundlagen und zur Bestandserhebung wurden folgenden Quellen entnommen:

- Fachinformationssystem Naturschutz (FIS-Natur)
- UmweltAtlas Bayern: Boden
- Informationsdienst überschwemmungsgefährdeter Gebiete in Bayern (IÜG Bayern)
- Bayern-Atlas
- Bayerischer Denkmal-Atlas
- Arten- und Biotopschutzprogramm (ABSP) des Landkreises Straubing-Bogen 2007
- Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP Bayern)
- Regionalplan Südostbayern (RP 18)
- Daten des Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz
- Flächennutzungs- und Landschaftsplan der Gemeinde Mallersdorf-Pfaffenberg

Die Analyse und Bewertung des Plangebietes erfolgte verbal-argumentativ. Zur Bewertung der Umweltauswirkungen sowie zur Ermittlung des Ausgleichsbedarfs wurde der Leitfaden „Eingriffsregelung in der Bauleitplanung“ angewandt.

Besondere Schwierigkeiten im Rahmen der Umweltprüfung traten im vorliegenden Fall nicht auf.

8.8 Beschreibung der geplanten Überwachungsverfahren (Monitoring)

Kommunen haben zu überwachen, ob und inwieweit erhebliche unvorhergesehene Umweltauswirkungen infolge der Durchführung ihrer Planung eintreten (§ 4c BauGB). Dies dient im Wesentlichen der frühzeitigen Ermittlung nachteiliger Umweltfolgen, um durch geeignete Gegenmaßnahmen Abhilfe zu schaffen. Art, Umfang und Zeitpunkt des Monitorings bestimmt die Gemeinde selbst; folgende Maßnahmen sind z. B. möglich:

- Überwachung sämtlicher Arbeiten (Planung, technische Bau- und naturnahe Ausgleichsmaßnahmen, Pflege) von qualifiziertem Personal zur Vermeidung unnötiger zusätzlicher Eingriffe in Natur und Landschaft.
- Überwachung der Einhaltung der einschlägigen Sicherheitsauflagen und Richtlinien bei allen Bautätigkeiten, insbesondere der Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft, bei Baumpflanzungen, z. B. Einhaltung einer Abstandszone von je

2,50 m beiderseits von Erdkabeln sowie Berücksichtigung des Merkblattes über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen, herausgegeben von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen.

- Überwachung der Umsetzung gesonderter Freiflächen- und/oder Pflanzpläne für alle Grünflächen zur Konkretisierung der grünordnerischen Festsetzungen.
- Durchführung gemeinsamer Begehungen und Abnahmen zwischen Gemeinde und Vertretern der Bauaufsichts- und der unteren Naturschutzbehörde nach Fertigstellung der Bau- und Pflanzmaßnahmen zur Erfolgskontrolle der Erstgestaltungsmaßnahmen.
- Überprüfung der Ausgleichsflächen sowie der zur Eingrünung vorgesehenen Baum- und Heckenpflanzungen hinsichtlich ihrer Entwicklung und ihrer Funktion in festzulegenden Abständen. Bei Gehölzausfällen sind gleichartige Ergänzungspflanzungen vorzunehmen.

8.9 Allgemein verständliche Zusammenfassung

Der Markt Mallersdorf-Pfaffenberg beabsichtigt südlich der „Straubinger Straße“ die Umwandlung des bisher festgesetzten Sondergebietes „Einkaufszentrum“ in ein Sondergebiet mit Zweckbestimmung „Lebensmittelfachmarkt, Getränkemarkt, Drogeriemarkt, Backshop sowie Cafe- und Verzehrfläche“ nach § 11 BauNVO. Der östliche Teil soll, wieder als Mischgebiet gem. § 6 BauNVO umgewandelt werden (ehem. „Grüne Mitte“)

Das Plangebiet fällt von Nord nach Süden hin leicht ab und weist eine Höhe von etwa 382,30 m ü.NN im Nord bis hin zu 381,30 m ü.NN im Süden auf. Die Fläche wird aktuell ausschließlich intensiv landwirtschaftlich als Wiesenfläche genutzt und befindet sich außerhalb landschaftsökologisch sensibler Bereiche.

Insgesamt sind damit nach derzeitigem Kenntnisstand keine nachhaltigen oder erheblichen Auswirkungen auf Mensch, Tier und Pflanzen, Boden, Wasser, Klima, Landschaft oder sonstige Güter zu erwarten.